

AUSZUG AUS:

LEIPZIGER KAMERA - INITIATIVE GEGEN ÜBERWACHUNG (HRSG.)

KONTROLLVERLUSTE

INTERVENTIONEN GEGEN ÜBERWACHUNG

256 SEITEN | 18 EUR [D] | ISBN 978-3-89771-491-5

UNRAST VERLAG, MÜNSTER, MÄRZ 2009

[HTTP://WWW.UNRAST-VERLAG.DE/UNRAST,2,308,7.HTML](http://www.unrast-verlag.de/unrast,2,308,7.html)

DIE KUNST, DIE KONTROLLE ZU VERLIEREN

VON LEIPZIGER KAMERA

Seit sechs Jahren sind wir gegen die allerorten zunehmende Überwachung aktiv. Einige von uns hatten sich im Zuge des dritten Golfkrieges gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik engagiert. Daran anknüpfend wollten wir die innenpolitische Kehrseite dieses Prozesses zu unserem Thema machen – den forcierten Ausbau von Sicherheitsgesetzen in der Politik und von Überwachung im Alltag.

Seit 2007 wächst das öffentliche Interesse an diesem Thema. Während in der

Vergangenheit die Einführung neuer Überwachungsmaßnahmen kaum größere Proteste hervorrief, scheint sich langsam Unbehagen breitzumachen. Mit dem Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung gibt es ein bundesweites Netzwerk überwachungskritischer Gruppen. Einer Reihe von Demonstrationen unter dem Slogan »Freiheit statt Angst« gelang es, mehr und mehr Menschen anzuziehen. Vorläufiger Höhepunkt war im Oktober 2008 in Berlin die mit Zehntausenden Teilnehmer_innen bisher größte Demonstration für

Bürgerrechte in der Geschichte der Bundesrepublik. Manche sehen hier eine ›neue Bürgerrechtsbewegung‹ im Entstehen.

Diese Ereignisse zeigen die geteilte Ablehnung neuer Überwachungsmaßnahmen wie der Vorratsdatenspeicherung, der elektronischen Gesundheitskarte, biometrischer Pässe, automatischer Kennzeichenerfassung, den Umbau der Polizeien und Geheimdienste u.v.m. Nichtsdestotrotz wurde klar, dass es in diesem überwachungskritischen Spektrum auch jede Menge Unstimmigkeiten und ungeklärte Fragen gibt. Es erscheint uns dringend, diese Fragen gemeinsam zu diskutieren und nach passenden Antworten zu suchen. Wir freuen über die gewachsene politische Bedeutung des Themenfeldes, jedoch macht sie auch eine Neubestimmung unserer eigenen Position nötig. Wie lassen sich die Entwicklungen am besten beschreiben und erklären? Welche Bündnisse sind möglich, welche Gemeinsamkeiten sind die Basis für eine sinnvolle Zusammenarbeit? Und vor allem: Welche Handlungsstrategien sind gegen Überwachung Erfolg versprechend?

DER STAAT HAT RECHT

Vom Anbeginn unserer überwachungskritischen Arbeit haben wir die allgegenwärtige Ausweitung von Überwachungspraktiken als Symptom des Wandels kapitalistischer Regulation begriffen. Dadurch unterscheiden wir uns von der liberalen Mehrheit der Datenschützer_innen und Bürgerrechtler_innen. Zentral ist dabei der jeweilige Standpunkt zum (Rechts-)Staat in seiner grundlegenden Ambivalenz. Wir sind nicht der Ansicht, dass der um sich greifende ›Überwachungswahn‹ vorrangig einen Angriff auf den Rechtsstaat darstellt. Das Recht legitimiert den staatlichen Zugriff auf die ihm unterworfenen Subjekte. Es ist kein Bruch mit rechtsstaatlichen Prinzipien, sondern deren mögliche

Konsequenz, wenn dieser staatliche Zugriff durch den Einsatz neuer Überwachungstechnologien verstärkt und erweitert wird. Dieser Zugriff wird von demokratischen, rechtsstaatlichen Institutionen beschlossen und durchgeführt. Indem das Recht definiert, was der Staat ›darf‹ oder ›nicht darf‹, beschränkt es diesen Zugriff und legitimiert ihn zugleich. Die positive Seite der rechtsstaatlichen Herrschaft ist im Gegensatz zur reinen Willkürherrschaft, dass das Handeln des Staates und der Behörden (zumindest in der Theorie, vgl. Voss/Schmid) an die geltenden Gesetze gebunden und damit auch beschränkt ist. Deshalb sollte das Recht als Mittel zur Gegenwehr nicht vorschnell aus der Hand geben werden. Trotz der berechtigten Zweifel, ob Klagen beim Bundesverfassungsgericht, wie sie gegen das Gesetz über die Vorratsdatenspeicherung angestrengt wurden (vgl. Steven und Steinke), eine erfolgversprechende politische Handlungsstrategie ist, sollte die aufklärerische Wirkung des Rechtes genutzt werden, um eigene Handlungsspielräume zu bewahren und zu erweitern (vgl. Stolle/Singelstein). Denn der Staat und das Recht sind Ausdruck gesellschaftlicher Interessenskämpfe und nicht zuletzt ökonomischer Machtverhältnisse. Diese Gesichtspunkte sind wichtig, um die aktuellen Entwicklungen zu verstehen. Denn das Entstehen von Überwachungsgesellschaften geht nicht auf die Initiative einzelner Personen und Gruppen zurück, so mächtig die jeweiligen Akteure auch sein mögen. Vielmehr stehen dahinter tiefgreifende gesellschaftliche Transformationsprozesse, die als Wandel vom Fordismus zum Postfordismus, vom Keynesianismus zum Neoliberalismus beschrieben werden können.

Bei allen Wandlungen, die der Kapitalismus in seiner Geschichte schon vollzogen hat, ist es aber eine seiner Konstanten, dass der größte Teil der Menschheit von seinen

Verheißungen ausgeschlossen bleibt. Und der Prozentsatz derer, die im stetigen Konkurrenzkampf auf der Verliererseite landen, wächst mit dem Rückbau sozialer Sicherungssysteme. Zahlreiche Gesetzesinitiativen und die Arbeit der Sicherheitsorgane laufen ebenfalls auf die Aufrechterhaltung und Verschärfung dieses Ausschlusses hinaus. Ein Beispiel für den Umgang mit den Ausgeschlossenen sind die enormen Anstrengungen, die Europäische Union gegen den Rest der Welt abzuschließen, Migrant_innen in Lager zu sperren und schnellstmöglich auszuweisen, womit deren massenhafter Tod billigend in Kauf genommen wird (vgl. Jelpke, Lehnert, Rojin). Das ist ein blinder Fleck im bürgerrechtlichen Teil des Überwachungskritischen Spektrums. Während sich auf die Bürgerrechte berufen wird, wird die Menge derer vergessen, denen diese Rechte von Seiten des Staates gar nicht zuerkannt werden. Das Flugblatt »Freiheit statt Angst«, mit dem der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung 2008 zur Demonstration in Berlin aufrief, erwähnt beispielsweise die besondere Situation von Migrant_innen mit keinem Wort.

Dass auch politische Aktivist_innen überdurchschnittlich von Überwachung und Repression betroffen sind, zeigen weltweit zahlreiche Fälle der Kriminalisierung widerständiger Politik. Die Toleranzschwelle ist so niedrig, dass selbst diejenigen, die Kritik formulieren oder Proteste organisieren, ins Visier der Sicherheitsbehörden geraten (vgl. Kapitel »Sind wir alle 129a?«).

WER ÜBERWACHT EIGENTLICH WEN?

Das panoptische Prinzip des britischen Utilitaristen Jeremy Bentham (1748-1832) – gesehen werden, ohne selbst zu sehen – hat sich mittlerweile von den Gefängnisanstalten, Schulen, Arbeitshäusern und Fabriken, wo Michel Foucault es als Disziplinierungsmechanismus analysierte, emanzipiert. Die Entwicklung neuer Kommunikations- und

Überwachungstechnologien ermöglicht es, das Verhalten jedes/r einzelnen in einem bislang unvorstellbaren Ausmaß nachzuvollziehen. Wir alle müssen uns heute fragen: Kann ich bei dem, was ich gerade tue, »gesehen« werden? Wird z.B. meine Kommunikation gespeichert und kann sie im Zweifelsfall gegen mich verwendet werden? Damit ist ein grundlegendes Ziel von Überwachung erreicht: die Ermahnung an das Subjekt, sich normgerecht zu verhalten. Die vage Drohung mit möglichen Konsequenzen führt zu einer Selbstkontrolle der Überwachten und zur Vermeidung abweichenden Verhaltens.

Aber wer sitzt denn eigentlich im Turm dieses allgegenwärtigen Panopticons und beobachtet uns? Mit Sicherheit der Staat und seine Kontrollorgane wie Polizei und Geheimdienste (vgl. Diederichs), aber auch die Arbeitssagenturen (vgl. Nowak). Die Innere Sicherheit ist das große Spektakel der Politik, in dem sie Handlungsfähigkeit inszenieren kann. Aber auch Wirtschaftsorganisationen drehen fernab der Öffentlichkeit an der Schraube der Überwachungsgesellschaft: Sei es in der Unterwerfung unserer Innenstädte unter die Logik des Konsums (vgl. Ronneberger und Eick), sei es beim unkontrollierten Sammeln von und Handel mit bis vor Kurzem kaum vorstellbaren Datenmengen (Kundenkarten und Google) oder sei es beim Ausspionieren der eigenen Angestellten (vgl. Wompe). Im Unterschied zur staatlichen Überwachung geht es hier nicht um die Logik der Sicherheit und Souveränität, sondern um die Logik des Marktes bzw. des ökonomischen Mehrwerts (vgl. dazu ausführlich Fisahn).

Klaus Ronneberger bemerkt richtig, dass die Kontrollgesellschaft auch eine Zuschauergesellschaft ist. Neben dem panoptischen Blickverhältnis (wenige sehen viele) gibt es noch weitere: Synoptismus (viele sehen wenige) schlägt sich im Starkult des Fernsehens nieder, während der Polyoptismus (viele sehen viele) spätestens mit Web2.0-Plattformen wie Youtube, Myspace

und studiVZ verwirklicht wurde. Leichtfertige Mitteilungsfreude in diesen sozialen Netzwerken kann von Personalchef_innen und Polizei als ›Sichthilfe‹ genutzt werden, um über das weitere Schicksal Einzelner zu entscheiden.

Die Gleichzeitigkeit verschiedener Logiken und Phänomene beschreiben Kevin D. Haggerty und Richard V. Ericson in einem Aufsatz von 2000 als ein Ensemble sich vielfältig überlagernder Überwachungspraktiken und -technologien (*surveillant assemblage*). Matthias Rothe bringt die politische Konsequenz auf den Punkt, wenn er in seinem Beitrag fordert: »Gegenstand von Widerstand sollte die Rationalität dieses ganzen Ensembles sein, in dem ›Überwachung‹ wirksam ist.«

Diese Praktiken und Technologien werden den Menschen aber nicht nur aufgezwungen, sondern auch von den meisten mitgetragen. Wie Peter Ullrich in seinem Beitrag über den »Präventionismus« schreibt, führt die Manie, mit Überwachung jedwede Unsicherheit und Uneindeutigkeit noch vor dem möglichen Auftreten zu eliminieren, Schritt für Schritt zu einer Verinnerlichung der Denkweisen und Handlungsziele der Überwacher_innen. Über die bloße Anpassung hinaus werden diese von den Betroffenen oft genug mitgetragen und verstärkt.

Die Lust an Überwachung geht mit einer »neuen Straflust« (Fritz Sack) einher, die sich in der zunehmenden Kriminalisierung abweichenden Verhaltens oder dem Ruf nach härteren Gefängnisstrafen zeigt. Dieses Verhalten zu verurteilen, ist naheliegend, greift aber doch zu kurz. Wie der italienische Philosoph und Marxist Paolo Virno in seinen »Untersuchungen zu gegenwärtigen Lebensformen« (2005) recht aufschlussreich zeigt, gilt es diese bereitwillige Übernahme der gängigen gesellschaftlichen Normen als eine Reaktion auf die zahlreichen Risiken des postfordistischen Kapitalismus, als die »gefährliche Suche nach Sicherheit« zu begreifen, die sich »in der Bereitschaft, einen

Souverän anzuerkennen« ebenso niederschlägt wie im Willen, die eigene Karriere mit den Ellenbogen durchzuboxen, oder im Rassismus.

UND WIE WEITER?

Wie ist politisches Handeln unter diesen Umständen möglich? Sandro Gaycken plädiert in seinem Beitrag dafür, trotz allem nicht den Kopf in den Sand zu stecken: Die meisten Argumente der Überwacher_innen ließen sich leicht widerlegen, wie er an vielen Beispielen zeigt. Auch Peer Stolle und Tobias Singelstein rufen in ihrem Beitrag dazu auf, zunächst argumentativ in den Diskurs einzugreifen. Sie konstatieren eine Sicherheitshysterie der Politik, die jene Verunsicherung, gegen die sie angeblich vorgehen will, selbst erst produziert. Als Gegenstrategie schlagen die Autoren vor, das große Ganze an konkreten Fällen zu kritisieren, von denen viele betroffen sind (z. B. Vorratsdatenspeicherung).

Doch die Intervention in den Diskurs birgt auch ihre Schwierigkeiten, wie wir selbst lernen mussten. Die kontinuierliche Arbeit in einem klar umgrenzten Kernbereich (in unserem Fall Videoüberwachung) führte mit der Zeit zu einem recht hohen Bekanntheitsgrad. Regelmäßige Anfragen von Wissenschaftler_innen, politischen Gruppen und eben auch der Presse waren die Folge. Wenn wieder einmal ein Fernseheteam über Videoüberwachung berichten wollte, gehörte zum Statement des damaligen Leipziger Polizeipräsidenten, der bei der Einführung der polizeilichen Videoüberwachung öffentlicher Plätze in der Bundesrepublik eine wichtige Rolle spielte, immer auch eines von uns – der Gegenseite.

Im fertigen Beitrag war dann allerdings – den Zwängen des Formats geschuldet – meist nur Platz für kurze, wenig erklärende Sätze. Für komplexere Argumentationen stand schlicht zu wenig Raum zur Verfügung. Die Möglichkeiten werden durch die

Fragestellungen der Journalist_innen noch weiter eingeschränkt. Sie machen es schwer, sich den herrschenden, oft mehr verschleiern den als erhellenden Deutungsmustern zu entziehen. Ist es zum Beispiel sinnvoll, damit zu argumentieren, dass Videoüberwachung keine Straftaten verhindert, sondern ›Kriminalität‹ höchstens an andere Orte verdrängt? Oder wird damit nicht zumindest teilweise der Grundannahme der ›Gegner_innen‹ Recht gegeben, dass das, was ihnen als ›Kriminalität‹ gilt, in jedem Fall bekämpft werden muss? Es bleibt kaum Raum für grundsätzliche Fragen, wie z. B., ob der mittels Videoüberwachung bekämpfte Drogenhandel und -konsum nicht gerade deswegen zu dem unangenehmen Gesamtkomplex von Sucht, Beschaffungskriminalität, Prostitution und gesundheitlichen Folgeschäden wird, weil er polizeilich bekämpft wird? Wie lassen sich also komplexe Sachverhalte wie der Fakt, dass Kriminalität nicht naturgegeben, sondern ein Produkt komplexer gesellschaftlicher Prozesse ist, auf den Punkt bringen?

Dies liegt keineswegs nur an den harten Zeitvorgaben und inhaltlichen Vereinfachungen, die zur Arbeit der Presse scheinbar dazugehören. Viele Argumente, die aus dem herrschenden Diskurs herausfallen, sind auch mit noch so viel Zeit kaum zu vermitteln. Das führte uns immer wieder zu der Frage: Was sind überhaupt gute Argumente? Ist eine ›richtige‹ fundamentale Gesellschaftskritik mit Blick auf ihre Wirksamkeit nicht vielleicht doch ›falsch‹, weil sie eben nicht zu einer Änderung der kritisierten Zustände führt (z.B. weil sie potentielle Bündnispartner_innen abschreckt), im Gegensatz zu einer Kritik, die sich von vornherein nur auf einzelne Missstände konzentriert?

Fraglich bleibt auch, ob der Überwachungs- und Sicherheitsdiskurs rationaler Argumentation überhaupt zugänglich

ist. Oft genug mussten wir die Erfahrung machen, mit den besten Argumenten nur wenig ausrichten zu können, weil bestimmte Überzeugungen für viele Menschen eben als selbstverständlich gelten und nicht hinterfragt werden. Mit den Worten eines Gastes einer Podiumsdiskussion: »Von diesem Staat werde ich gerne überwacht.«

Dagegen lässt sich möglicherweise mit unkonventionelleren Aktionsformen intervenieren, die weniger auf die Kraft des ›richtigen‹ Arguments setzen, sondern versuchen, den überwachten Alltag erlebbar, spürbar und damit wieder kritisierbar zu machen. Mit kreativem Protest, wie unseren ironischen Verleihungen des Erich-Mielke-Gedächtnispreises an Institutionen, die sich mit Überwachung besonders hervortun, haben wir das versucht.

Seit 2004 erleben die Teilnehmer_innen unserer Stadtrundgänge in Leipzig, dass die ›Überwachungsgesellschaft‹ längst Teil unseres Alltags ist. Die Rundgänge stießen auf reges Interesse und ließen unsere Gäste immer wieder neu darüber staunen, welche erschreckenden Ausmaße manche Überwachungsmaßnahmen schon angenommen haben. Viele Stationen dieser Führungen offenbaren in komprimierter Form die Kennzeichen einer Gesellschaft, die massive Überwachung braucht. Nicht zuletzt *Shoppingmalls* stellen solche besonders überwachten Orte dar. Dort stehen Videokameras, private Sicherheitsdienste (vgl. Eick) und strenge Hausordnungen für die Ausrichtung eines Ortes auf den reinen Konsum, den Ausschluss politischer Öffentlichkeit und sozial marginalisierter Gruppen. Der Lerneffekt dieser Stadtführungen beruhte auf dem ungewöhnlichen Besuch solcher Orte, ohne zu konsumieren, stattdessen danach schauend, was eigentlich ihre Geschäftsgrundlage darstellt. Mitunter endeten die Führungen mit einem *sit-in* auf dem Fußboden des Leipziger

Hauptbahnhofs, wo derart ›nicht bestimmungsgemäßes Verweilen‹ vom Sicherheitspersonal üblicherweise verhindert wird.

Aktionsformen, die alltägliche Situationen verfremden, wurden von Überwachungskritiker_innen immer wieder genutzt. Beispiele sind die Innen!Stadt!Aktionen!, die Plakattheaterstücke der New York City Surveillance Camera Players für die hinter den Überwachungskameras sitzenden Menschen und die Aktionen öffentlichen und kollektiven Radiohörens der Gruppe LIGNA. All diese Aktionsformen zielen auf eine kreative (Wieder-)Aneignung (ehemals) öffentlicher Räume – auch gegen die allgegenwärtigen staatlichen und privaten Ordnungsapparate. In ihren aktuellen Überlegungen zu einer neuen »proletarischen Öffentlichkeit« geht LIGNA einen Schritt zurück und stellt folgende Frage: Ist es eventuell ein Fehler, die vorweggenommene oder vermutete Allmacht der Kontrollapparate zu bestätigen, indem sie absichtlich ausgelöst werden? Ihrer Meinung nach könnte gerade in kleinen Irritationen im Bereich knapp unterhalb der Toleranzgrenze der Keim der Veränderung liegen.

Da die stete Konzentration auf die Vielzahl von Überwachungsmechanismen Ängste und Resignation nährt, werden auch auf Lust und Party setzende Aktionsformen interessant. Das spanische Aktivistennetzwerk Yomango! nahm 2004 die Versprechungen der Konsum- und Werbekultur beim Wort und baute in seinen Aktionen auf das Begehren und den Wunsch nach Bedürfnisbefriedigung, ohne nach dem Weg zur Kasse zu fragen. Im Yomango-Tango wurde geradewegs an ihr vorbeigetanz. Ein Wochenende im Dezember 2006 mit den Space Hijackers aus London unter dem Motto »Making trouble« zeigte uns, wie wir uns mit langen Vorüberlegungen häufig selbst im Weg stehen, wo hingegen diese Gruppe mit der Lust am Spiel

und spontanem Enthusiasmus dabei ist. Seit vielen Jahren schaffen es die Hijackers um eine Website und regelmäßige Partys herum, eine größere Community immer wieder zu neuen, ausgefallenen Stadtspielen zu motivieren. Ihre halsbrecherische Nonchalance ist hierzulande kaum vorstellbar: 2007 kauften sie sich einen Panzer, um gegen eine Waffenmesse zu protestieren, regelmäßig fordern sie die Regierung zum Cricket heraus und laden die Londoner Polizei am 1. Mai ein, mitzudemonstrieren und mitzufeiern.

Andere Aktivist_innen knüpfen an die Tradition von Hacker_innen, die Informationsfreiheit im Internet fordern, oder die Bewegung für Freie Radios, die das Radio als radikal-demokratisches Medium nutzbar machen möchten, an. Karl M. Burton plädiert in diesem Sinne in seinem »CCTV-Manifesto« dafür, die Überwachungsnetzwerke selbst als öffentlichen Raum zu begreifen, allen zugänglich zu machen und neuen Nutzungsformen zu öffnen.

INTERVENIEREN!

Im Buch werden all diese Aspekte näher beleuchtet. Kapitel 1 (»Was geht?«) analysiert die aktuellen Entwicklungen im Überwachungsbereich. Es fragt nach dem gesellschaftlichen Kontext der Überwachung als Rahmenbedingung politischen Handelns. Das zweite Kapitel (»Was geht nicht?«) wirft einen kritischen Blick auf aktuelle Bürgerrechtskampagnen, insbesondere die gegen Vorratsdatenspeicherung. Das Kapitel »Sind wir alle 129a?« beschäftigt sich mit der staatlichen Repression gegen linke Aktivist_innen, wie sie u.a. bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm und dem Verfahren gegen mutmaßliche Mitglieder der militanten Gruppe (mg) zu beobachten war. Im vierten Kapitel (»Was noch?«) wird die Situation von Überwachung besonders betroffener Gruppen, wie Migrant_innen,

näher betrachtet. Aber auch nach der Rolle von Erwerbslosen, Jugendlichen und Frauen im Sicherheitsdiskurs wird gefragt. Die beiden letzten Kapitel sollen mögliche Schlussfolgerungen aus den vorangegangenen Überlegungen aufzeigen. Sie fragen nach Argumentationsstrategien («Was sagen?») und nach Handlungserfahrungen und -optionen («Was tun?»). Sie sollen Anregungen geben, wie eine linke und emanzipatorische Kritik an der Überwachung praktisch werden kann.

Auch wenn wir es uns wünschen würden: Das Patentrezept, wie sich dem derzeitigen Ausbau der Überwachung entgegenwirken lässt, haben wir nicht zu bieten. Dafür ist das Problem zu komplex und zu eng mit der Konstitution der Gesellschaft als Ganzes verbunden. So lange wir in Verhältnissen leben, die fortwährend Verlierer und ›Überflüssige‹ produzieren, so lange braucht es auch Überwachung, um diese Verhältnisse aufrecht zu erhalten und die Unzufriedenen und Ausgeschlossenen zu kontrollieren. Daher lässt sich Überwachung kaum als isoliertes Phänomen bekämpfen. Protest gegen Überwachung könnte gerade deswegen ein Bindeglied zwischen oft getrennt geführten sozialen Kämpfen darstellen, einen möglichen gemeinsamen Nenner zwischen antirassistischen und antimilitaristischen Initiativen, linken Gewerkschaftler_innen, Antifa-Gruppen, Hacker_innen, Erwerbslosen

usw. Dass es ein Potential für die Bildung sogar noch breiterer Bündnisse gibt, haben die vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung organisierten Demonstrationen gezeigt.

Dabei dürfen die aufgeführten inhaltlichen Diskrepanzen freilich nicht unter den Tisch gekehrt werden. Uns stellt sich – das ist einer der Ausgangspunkte dieses Buchprojektes – in der täglichen politischen Arbeit immer wieder die Frage, wie mit diesen Differenzen umzugehen ist. Eine abschließende Antwort haben wir nicht gefunden. Eine solche kann es wohl auch gar nicht geben. Fest steht: Gegen das Wuchern der Kontrollmechanismen muss auf vielen Ebenen gleichzeitig gekämpft werden, und gerade die Vielfalt der Handlungsrepertoires könnte letztlich Erfolge ermöglichen. Nicht eine Strategie ist die richtige. Interventionen mit juristischen Mitteln mögen in ihrer Tragweite begrenzt sein, trotzdem wäre es falsch, auf dieses Mittel zu verzichten. Gleiches gilt für Interventionen, die mit dem Mittel der künstlerischen Irritation versuchen, Bewusstseinsbildungsprozesse anzuregen, für direkte Aktionen gegen Überwachungsinfrastrukturen ebenso wie für theoretische Kritik der Voraussetzungen der Überwachung und den Versuch, andere mit guten Argumenten zu überzeugen. Die eine oder andere Anregung zur Reflexion und für die politische Praxis gibt hoffentlich dieses Buch.